

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 252-2019
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.300

Eingereicht am: 12.09.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Kullmann (Hilterfingen, EDU) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Illegale Märkte, Drogenhandel und Unterdrückung religiöser Minderheiten in Berner Asylunterkünften: Wird unsere Rechtsordnung in der Praxis durchgesetzt?

Vor etwa zwei Jahren lernte ich einen kurdischen Flüchtling kennen, der 2013 aus Syrien in die Schweiz geflüchtet ist. In mehreren Gesprächen berichtete er mir von gravierenden Missständen, die er in Asylunterkünften im Kanton Bern selbst erlebt hat. Diese Erfahrungen hat er kürzlich in einem Erlebnisbericht festgehalten.

Um den formellen Anforderungen an eine Interpellation gerecht zu werden, habe ich seinen zweiseitigen Erlebnisbericht auf Französisch übersetzt und online zugänglich gemacht: «Erlebnisbericht eines Flüchtlings im Kanton Bern» (Link: https://www.kullmann-services.ch/app/download/13802165927/Erlebnisbericht_aus_Berner_Flüchtlingsunterk%C3%BCften_DE_FR.pdf)

Aus seinem Erlebnisbericht geht hervor, dass in verschiedenen Asylunterkünften im Kanton Bern regelmässig und systematisch illegale Märkte stattfanden, wo Diebesgut und Drogen gehandelt wurden. Gemäss diesem Bericht wurde die Glaubensfreiheit von Asylsuchenden durch Islamisten sehr stark eingeschränkt, und es wurden Mitglieder für den Islamischen Staat angeworben. Entsprechende Beschwerden gegenüber Mitarbeitern im Asylwesen wurden scheinbar ignoriert und die illegalen Machenschaften toleriert.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Sind dem Regierungsrat ähnliche Vorfälle bekannt, wie sie im Erlebnisbericht dieses kurdischen Flüchtlings beschrieben werden?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die geltende Rechtsordnung – besonders das Grundrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit – in den Asylunterkünften im Kanton Bern ausreichend garantiert wird?
3. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um Missstände, wie sie im Erlebnisbericht beschrieben werden, künftig zu verhindern?

Verteiler

- Grosser Rat